

Staatsanwaltschaft stellt Anträge

Düsseldorf. Im Prozess um die Bußgeldbescheide des Kartellamts gegen Mitglieder der Konditionenvereinigung der Süßwarenindustrie hat die Staatsanwaltschaft am Mittwoch ihr Plädoyer vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf gehalten. Sie beantragt deutlich höhere Bußgelder als ursprünglich vom Kartellamt verhängt. Bahlsen soll demnach 12 Mio. Euro zahlen (statt 7 Mio.), CFP Brands 7 Mio. (1,4 Mio.), Griesson-de Beukelaer 11 Mio. (5 Mio.), Feodora 2 Mio. (540 000 Euro) und der Bundesverband der Süßwarenindustrie 130 000 Euro (105 000 Euro). Die Verteidiger werden ihre Plädoyers im Dezember halten. *be/lz 47-16*

EU-Außengrenzen besser kontrollieren

Brüssel. Den EU-Staaten fehlen die Kapazitäten, um eine Marktüberwachung an den Grenzen ausreichend durchzusetzen. Dies kritisieren 36 EU-Parlamentarier in einem Brief an die EU-Kommission. Sie begrüßen deren Vorhaben, neue Maßnahmen zur Produktkontrolle vorzuschlagen, und empfehlen, mehr Ressourcen zur Grenzkontrolle bereitzustellen sowie den Austausch zwischen Kontrollbehörden und Industrie zu stärken. Die Kommission soll dem Parlament zeitnah Maßnahmen präsentieren. *lz 47-16*

Nestlé unterliegt gegen Migros

St. Gallen. Das Schweizer Bundespatentgericht sieht in den „Twin“-Kaffeekapseln von Migros keine rechtswidrige Nachahmung des Nestlé-Produkts „Dolce Gusto“. Eine Patentverletzung sei nicht glaubhaft nachgewiesen. Die Twin-Kapseln seien „nicht auf die Verwendbarkeit in einer spezifischen Getränkemaschine eingeschränkt“

Belegpflicht soll Steuerbetrug eindämmen

Große Koalition verhandelt über Details zur Bekämpfung von Umsatzsteuerbetrug – Gesetz soll im Dezember verabschiedet werden

Berlin. Um Umsatzsteuerhinterziehung zu verhindern, will die Bundesregierung eine Belegpflicht einführen und manipulations-sichere Registrierkassen vorschreiben. Der Gesetzentwurf geht in die finalen Abstimmungen.

Anfang dieser Woche verhandelten die Berichterstatter der Regierungsfractionen über den Entwurf des „Gesetzes zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ aus dem Bundesfinanzministerium (BMF). Nach LZ-Informationen einigten sich die Verhandlungsführer von SPD und CDU auf eine generelle Bontpflicht für elektronische Registrierkassen. Dagegen ist eine grundsätzliche Registrierkassenpflicht vom Tisch. Offene Kassen auf Märkten, Vereinsfesten oder an Bratwurstständen sollen zulässig bleiben.

Kritiker sprechen von einer gesetzlichen Verpflichtung, Papiermüllberge zu produzieren. Bei Rewe etwa werden Kassenbelege aus Kosten- und Umweltschutzgründen schon seit Jahren nur noch auf Kundenwunsch ausgedruckt. Das wird nach den Plänen



Kritik: Entwurf schreibt Standards vor, für die es am Markt noch keine Lösung gibt.

der Großen Koalition künftig nicht mehr möglich sein.

Eine Verpflichtung zur Entgegennahme des Kassenbons – wie in Italien – soll es hierzulande nicht geben.

„Noch ist nichts fix“, heißt es aus Verhandlungskreisen. Am Freitag wollen sich die Berichterstatter erneut zusammensetzen, um koalitionsintern die letzten Änderungen am Regierungsentwurf zu klären. Die Einigung

auf die Belegpflicht steht jedoch nach übereinstimmenden Berichten.

Unklar ist weiterhin, welche technischen Standards zum Schutz von Kassenmanipulationen im Gesetz festgeschrieben werden sollen. Das BMF will eine „technologieoffene Lösung“. Hier drängen die Abgeordneten auf Nachjustierungen. Nach dem Wunsch der Abgeordneten soll das Ministerium nun prüfen, ob zumindest die so-

genannte Insika-Lösung mit der Gesetzesvorlage ermöglicht wird. „Der Entwurf schreibt Standards vor, für die es noch keine Lösung am Markt gibt“, sagte ein Kassenspezialist. „Derzeit müsste manipulationssicher dokumentiert werden, dass die Putzfrau über die Tasten gewischt hat.“

An der Speicherpflicht für „andere Vorgänge“, wie es das Gesetz formuliert, stört sich auch der Handelsverband HDE: „Der Passus sollte gestrichen werden“, sagt HDE-Steuerexperte Jochen Bohne. Müsstes sämtliche Daten, die eine moderne Kasse erfasst, zehn Jahre für das Finanzamt aufbewahrt werden, würde das Datenvolumen und die damit verbundenen Kosten massiv ansteigen. Bohne fordert generell eine Ausnahmeregelung für filialisierte Händler, die aufgrund der vorhandenen Systeme und Prozesse nicht im Verdacht stehen, Umsatzsteuerbetrug zu begehen. In jedem Fall pocht der Verband auf realistische Übergangsfristen.

Der Bundestag soll im Dezember über das Gesetz abstimmen. Ob auch der Bundesrat noch in diesem Jahr entscheidet, war bis zum Redaktionsschluss offen. *be/lz 47-16*

Geoblocking als Gefahr Nahles stärkt 2. Säule

Bevh erneuert Kritik am Verordnungsentwurf der EU-Kommission

Brüssel. Das Verbot von Geoblocking im Internet rückt näher. Der Ausschuss der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedstaaten (COREPER) stimmte dem Vorschlag der EU-Kommission grundsätzlich zu.

Für Internetangebote sollen innerhalb der EU alle nationalen Grenzen fallen. Nach LZ-Informationen haben die Vertreter der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten dem Verordnungsentwurf der Kommission am vergangenen Freitag mit wenigen Änderungsvorschlägen im Kern zugestimmt.

Rechtsunsicherheiten für Webshops.

„Diese europäische Gesetzgebung würde in noch nie dagewesener Weise in die Vertragsfreiheit im Handel eingreifen“, sagt Bevh-Hauptgeschäftsführer Christoph Wenk-Fischer.

Händler müssten damit rechnen, dass für die Verträge mit den ausländischen Kunden auch das Recht des Heimatlands des Bestellers gilt. „Mit dem Geoblockingverbot soll der Binnenmarkt erzwungen werden, bevor er harmonisiert ist“, kritisiert Bevh-Justiziarin Stephanie Schmidt im Gespräch mit der LZ. In vielen Rechtsbereichen, wie der Umsatzsteuer

Betriebliche Altersvorsorge soll per Tarifmodell ausgebaut werden

Berlin. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) will die Verbreitung der Betriebsrente befördern. Das geplante Sozialpartnermodell stößt jedoch nicht durchweg auf Begeisterung.

Trotz staatlicher Fördermöglichkeiten und tariflicher Zuschüsse wie im Einzelhandel, ist die Betriebsrente als 2. Säule der Altersvorsorge bislang nicht ausreichend verbreitet. Das „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ aus dem Hause von Arbeitsmi-

Zudem sind spezifische Fördermodelle für Geringverdiener – wie eine verminderte Anrechnung der Betriebsrente auf die Grundsicherung – geplant, damit sich das Sparen für den Ruhestand auch in unteren Einkommensgruppen lohnt.

„Die betriebliche Altersvorsorge war bislang ein personalstrategisches Thema, nun wird es ein sozialpolitisches“, sagt HDE-Tarifexperte Heribert Jöris. In seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf fordert der Handelsverband, dass nicht in bestehende tarifliche Altersvor-